



Deutsches Aktieninstitut  
• • • Kapital. Markt. Kompetenz.

GESAMTMETALL  
Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

BAU INDUSTRIE

HDE  
Handelsverband  
Deutschland

MARKENVERBAND

Stiftung  
Familienunternehmen und Politik

textil+mode

UBW  
Unternehmer  
Baden-Württemberg

unternehmer nrw  
Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.

vbw  
Die bayerische  
Wirtschaft

Verband der  
Chemischen Industrie e.V.  
ELEMENTAR FÜR DEUTSCHLAND

VCI

VDMA

DER MITTELSTANDSVBUND

zvei  
electrifying  
ideas

## Kein deutscher Sonderweg: 17 Wirtschaftsverbände fordern Ende des nationalen Lieferkettengesetzes

Berlin/Frankfurt, 29. Januar 2026 – Nach der ersten Lesung zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) im Deutschen Bundestag fordern 17 führende Wirtschaftsverbände das vollständige Aussetzen des LkSG. Die bislang vorgesehenen Änderungen reichen aus Sicht der Verbände nicht aus, um Unternehmen spürbar zu entlasten.

Der Gesetzentwurf beschränkt sich im Wesentlichen auf die Streichung der Berichtspflicht und eine Reduzierung von Sanktionen. Die umfassenden Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten sowie die detaillierten Dokumentationsanforderungen bleiben jedoch bestehen. „Spürbare Entlastungen sind somit nicht zu erwarten“, stellen die Verbände in einem Schreiben an Bundestag und Bundesregierung klar.

Kernforderung der Verbände ist daher, das LkSG auszusetzen. Gleichzeitig müsse die Bundesregierung ihre Zusage aus dem Koalitionsvertrag einlösen und die im Dezember 2025 auf EU-Ebene beschlossenen Änderungen zur Lieferkettenregulierung („Omnibus I“) zügig in einer bürokratiearmen und praxisnahen Form umsetzen. „Dieses Versprechen muss jetzt eingelöst werden.“

Sollte das LkSG nicht ausgesetzt werden, treten die Verbände dafür ein, zumindest den nationalen Anwendungsbereich unverzüglich an den der europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) anzupassen. Dieser erfasst nur noch sehr große Unternehmen. Entsprechend sollten Unternehmen, die künftig nicht mehr von der europäischen Regelung erfasst sind, auch national nicht länger verpflichtet werden, so die Verbände. Andernfalls drohten Wettbewerbsnachteile und Rechtsunsicherheit.

„Deutschland muss seinen nationalen Sonderweg beenden und die laufende LkSG-Novelle gezielt für spürbare Entlastungen nutzen“, betonen die Verbände. Diese bis 2029 zu verschieben, sei keine Option. „Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, die notwendigen Maßnahmen unverzüglich auf den Weg zu bringen“, so die klare Botschaft.

#### **Ansprechpartnerinnen und -partner für die Presse**

Für Rückfragen, die Positionen der einzelnen beteiligten Verbände betreffen, kontaktieren Sie bitte die zuständigen Pressesprecherinnen und Pressesprecher der jeweiligen Organisationen.